

die Arbeit zu erleichtern, hat die Gesellschaft der Friedensfreunde in London ein großes Meeting abgehalten. Die Resolutionen concentriren sich in den bekannten Sätzen, daß der Krieg ein Unglück der Menschheit sei, und daß man darauf hinarbeiten müsse, die stehende Heere durch europäische Schiedsgerichte zu ersetzen. Der Verein wünscht übrigens Geld, um gerade jetzt, wo es noch thue, seine bisher so erfolgreichen Bemühungen fortsetzen zu können.

Die „N. A. Z.“ bezeichnet die Nachricht der „R. Z.“, Preußen habe in Wien angefragt, ob die österreichische Depeche vom 26. April wegen des Definitivums in den Herzogthümern als Ultimatum zu betrachten sei, oder ob Oesterreich noch Modificationen seiner Zugeständnisse für zulässig halte, als ungegründet.

Die preussische Regierung, schreibt der bekannte officiöse Berliner „Correspondent“ der „N. A. Z.“, geht in Bezug auf einen eventuellen Antrag der in Bamberg vertretenen Regierungen am Bund auf Mobilisirung der Bundescontingente von der Ueberzeugung aus, daß ein solcher Antrag mit dem Bundesrecht im Widerspruch stehe, wenn derselbe nicht durch die Einleitung des ordentlichen Executionsverfahrens gegen Preußen nach Anleitung der Bundes-executionsordnung vorbereitet und die Bestimmungen derselben erschöpft sind. Es ist hier bekannt, daß in Bamberg der geheime Beschluß von den betreffenden Regierungen gefaßt worden ist, zunächst allein und ohne Rücksicht auf einen Antrag am Bunde, die Contingente zu mobilisiren, daneben steht der ostensible Beschluß, der am Bunde bereits eingebrachte Antrag wegen Abrüstung. Die österreichische Erklärung über die Besprechungen Preußens mit Hannover wegen Beobachtung der Neutralität des letzteren Staates geht von der Voraussetzung aus, daß bei einem Krieg zwischen Preußen und Oesterreich der Bund noch existire. Diese Ansicht steht im Widerspruch mit der diesseitigen Auffassung. Die mit Hannover eingeleiteten Erörterungen beziehen sich nur auf den Kriegsfall. Würde ein Antrag, die Contingente der Bundesarmee zu mobilisiren, ehe noch das Executionsverfahren gegen Preußen ordnungsmäßig beendet ist, von der Mehrheit angenommen, so müßte Preußen dies als einen Beschluß auffassen, welcher den Bundesgesetzen widerspricht und die Aufhebung derselben constatirt.

Oldenburgs Antrag am Bunde, heißt es, wohlgerichtet in einem Berliner Telegramm, richtet sich wesentlich gegen den Administrator Holsteins. Die Motivirung besagt: Oldenburg hätte den deutschen Großmächten das Vertrauen ausgesprochen, dieselben würden seine Rechtsansprüche auf Holstein berücksichtigen. Nachdem Oesterreich durch seine Depeche vom 26. April den Boden des Wiener Vertrages verlassen habe, müsse Oldenburg politische Hindernisse für die Anerkennung seiner Rechtsansprüche befürchten. Ein Mißtrauen gegen die preussische Auffassung der oldenburgischen Ansprüche wird in den Motiven nicht zu erkennen gegeben. (Das würde nur bestätigen, was über Abmachungen zwischen Oldenburg und Preußen verlautet hat.)

Die „Zeidl. Corr.“ schreibt: Wenn das Wiener Cabinet, seiner eigenen Behauptung gemäß noch auf dem Boden des Vertrages von 1852 steht, wird es die Basis des Londoner Vertrages anerkennen müssen, und damit auch die durch das Warschauer Protokoll festgestellten Rechte Oldenburgs. Oesterreich wird gegen den oldenburgischen Antrag um so weniger einzuwenden haben, als es selbst das Schicksal der Herzogthümer nach dem Bundesrechte entschieden wissen will.

In Bezug auf das schon erwähnte Dementi, ein Bündniß Sachsens mit Oesterreich betreffend, geht der Dresdener „Const. Z.“ folgende interessante Bestätigung aus der Provinz zu: „In Folge der wiederholten Nachricht, daß ein Bündniß zwischen Oesterreich und Sachsen bestehe — eine Nachricht, die durch das Refutiren unserer officiellen Blätter mit der sogenannten großdeutschen Partei ziemlich glaubwürdig wurde — hatte ein renommirter Fabrikant sich entschlossen, selbst an den König deshalb zu schreiben und um Verhütung darüber zu bitten. Schon am zweiten Tage darauf empfing derselbe eine sehr freundliche Antwort des Königs mit der Versicherung: daß das, was er befürchte (jenes Bündniß), weder eingegangen sei, noch eingegangen werden würde, sondern man werde denjenigen als Ruhestörer und Feind ansehen, der zuerst Sachsens Gränze überschreite. Jedenfalls verdient die schnelle und freundliche Antwort die größte Anerkennung.“

Nach einem Schreiben der „Frankf. Postztg.“ vom Rhein steht die Einberufung der hollsteinischen Stände und Mobilmachung des hollsteinischen Contingents bevor. Dagegen hat die preussische Regierung einen Vertrag mit Mecklenburg abgeschlossen, wonach das mecklenburgische Militär zum Ersatz preussischer Truppen nach Schleswig verlegt wird.

Preußen, meldet ein Telegramm aus Karlsruhe vom 25. d., soll die Besorgnisse Badens wegen der wieder angeregten Theilungsidee durch eine bestimmte Schutzversicherung beruhigt haben.

Der „Weser- Ztg.“ wird von gut unterrichteter Seite mitgetheilt, daß Freiherr v. Ritzhosen im Auftrage des Berliner Cabinets bei den Senaten Hamburgs, Bremens und Lübecks hinsichtlich der möglichen Consequenzen der preußenfreundlichen Abstimmung des hansestädtischen Repräsentanten in der vorliegenden Bundesstabsitzung anfragt. — Sollen vielleicht die Hansestädte wegen der preußenfreundlichen Abstimmung mobil machen dürfen?

Der Hamburger „Börsenhalle“ wird aus Berlin

gemeldet: Das Manifest des Königs wurde nur aus Rücksichtnahme auf die Entwicklung der Congresspläne zurückgehalten.

Das „Memorial“ versichert, daß, nachdem König Wilhelm von Preußen aus Gewissensscrupeln verweigert hat, einen Vertrag mit Italien zu unterzeichnen, zwischen den beiden Mächten bloß ein militärisches Abkommen bestehe, welches, in einem Protocoll verzeichnet, für eine Frist von drei Monaten gilt, die demnächst erlischt. Der Berliner Correspondent der „Weser- Zeitung“ versichert gegenüber dem „Mem. dipl.“, daß der preußisch-italienische Vertrag die bindendste Kraft habe und nur durch gegenseitiges Einvernehmen lösbar sei.

Die „Kreuzztg.“ enthält einen Artikel des Rundschauers, welcher folgendermaßen schließt: Beherzigen wir die Mahnung: nicht Hand in Hand mit Garibaldi und Mazzini, sondern wenn möglich, mit Oesterreich den Kampf gegen die Revolution wiederzunehmen, einen Kampf, den Bismarcks Note vom 28. Januar treffend das gemeinsame Ziel beider Großmächte nannte.

Die Donaufürstenthümer-Conferenz hat am 25. d. eine Sitzung gehalten, in welcher die Türkei gegen die Einlegung des Prinzen von Hohenzollern protestirt hat. Die Konferenz hat sich darauf beschränkt, von diesem Protest Act zu nehmen.

Die Thronbesteigung des Prinzen v. Hohenzollern wird mit den alten Plänen der griechisch-serbisch-italienischen Revolutionspartei in Zusammenhang gebracht, welche durch eine Silberhebung der Christen in der Türkei die europäischen Mächte zu beschäftigen und namentlich für Oesterreich neue Verlegenheiten herbeizuführen gedenkt. Bei dieser neuen Calculation der conservativen Kenner des „einzigen reindeutschen Staates“ scheint jedoch in Berlin ein kleiner Umstand übersehen, daß diese Wendung der Dinge den Plänen des Grafen Bismarck nunmehr neue bisher passive Gegner entgegenführen muß — alle Mächte, welche den Frieden im Orient aufrechtzuerhalten wissen wollen, vor allen Rußland, England, die Pforte.

Rußland und Frankreich haben sich, wie ein Pariser Telegramm vom 25. d. meldet, gegen eine Intervention in den Donaufürstenthümern erklärt, letzteres mit dem Bemerkten, den Ereignissen in Rumänien müsse eine weitere Entwicklung gelassen werden, ohne daß der neue Fürst anerkannt werde.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist ein Stabs-officier des Kaisers Napoleon mit Aufträgen an den Prinzen von Hohenzollern nach Bukarest abgereist.

Die Nachricht von dem Einmarsch eines russisch-türkischen Corps in der Moldau, meldet ein Wiener Telegramm der „Bohemia“, wird officiell bestätigt. Diese Nachricht steht bis jetzt ganz vereinzelt da.

Nach Berichten aus dem Haag vom 25. d. ist, nachdem mehrere Deputirten die Neubildung des Ministeriums abgelehnt haben, Graf van Zuylen, der frühere Gesandte in Berlin (von der äußersten Rechten), damit beauftragt worden.

Der Abenteuerzug des Leonidas Bulgariis zum Zweck, die christliche Bevölkerung der Türkei zu injurgiren, hat ein rasches Ende genommen. Leonidas Bulgariis landete in Macedonien, wurde aber sofort von den türkischen Truppen angegriffen und zum Gefangenen gemacht.

Die Nachricht von dem Bombardement Balparaiso's, schreibt der „Abendmoniteur“, ist am 11. April nach Lima gelangt und hat daselbst einige Ruhestörungen verursacht. Die peruvianische Regierung hat den spanischen Unterthanen in Lima und Callao den Befehl ertheilt, auf der Präfectur zu erscheinen. Alle von denen, welche diesem Befehl Folge leisteten, wurden unverzüglich eingekerkert und wurde diese Maßnahme auch auf die Provinzen ausgedehnt. In den Gefängnissen von Lima befanden sich am 21. April 200 Spanier.

Der vor Balparaiso stationirte Unions-Commodore Rodgers hat am Tage des Bombardements durch die Spanier einen Bericht nach Washington gesandt, worin er mittheilt, wie es kam, daß das Bombardement nicht verhindert wurde. Der englische Admiral Denman habe ihm erklärt, wenn die Spanier ein plötzliches Bombardement vornehmen sollten, würde er sich dem widersetzen. Hierauf habe er (Rodgers) am nächsten Tage dem englischen Admiral erwidert, er habe zwar den Auftrag, die strengste Neutralität zu beobachten, gleichwohl wolle er aber auf seine eigene Verantwortlichkeit hin mit dem englischen Geschwader gemeinsame Sache machen. Admiral Denman habe jedoch mit einem male Bedenken bekommen, die Verantwortung auf sich allein zu nehmen und habe die Entscheidung des englischen Gesandten abgewartet. Dieser aber habe in der Sache nichts gethan und da somit das englische Geschwader unthätig blieb, sei auch das nordamerikanische Geschwader nicht weiter vorgegangen.

Landtagsangelegenheiten.

Der vom steierischen Landtag gefaßte Beschluß, welcher den Zweck hatte, mehrfache Widerprüche aus den Gesetzen über die Verwaltung des Kirchen-Vermögens zu beseitigen, hat, wie ein Grazer Telegramm der „N. Fr. Pr.“ vom 26. d. meldet, die Sanction nicht erhalten. In den Ablehnungsgründen beruft das Staatsministerium sich auf Bestimmungen des Concordats.

Post, 25. Mai. Die Commission zur Regelung der Municipitäten und Gemeinden hat sich gestern Abend constituirte und Kary zum Obmann, Szekiralyi zum Schriftführer gewählt. Das Subcomité wird am 30.

gewählt werden. Die Codificationscommission hat sich heute Nachmittag constituirte und Sigmund Bernat zum Obmann, Balth. Horvath zum Schriftführer gewählt. Morgen constituirte sich die Commission für Cultus und Unterricht. — Im heutigen „N. Raplo“ eröffnet ein Mitglied der Magnatentafel einen Artikel-Opus über den Ausgleich und die Verantwortlichkeit. Der Verfasser spricht die Ansicht aus, die Nation müsse der Regierung bis an die Gränze des Möglichen entgegenkommen. Im „Hon“ spricht Barady sich dafür aus, mit einer vollständigen Befriedigung der Nation einen Versuch zu machen; dieselbe würde dafür dankbar sein.

Wien, 25. Mai.

Seine E. I. Apostolische Majestät haben mit a. h. Entschliegung vom 20. Mai l. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß landesfürstliche Beamte, welche den Wunsch ausgedrückt, bei den bermaligen Kriegsbedrohungen in die Reihen der Armee zu treten, auf die Dauer des eventuellen Krieges als Officiere in dieselben aufgenommen werden. Gleichzeitig haben Se. E. I. apostolische Majestät allergnädigst zu bestimmen geruht, daß diesen Beamten der Rang vorbehalten und das Beförderungrecht in der Art gewahrt bleibe, daß ihre Eintheilung in die Armee ihnen in keiner Weise in Beziehung auf ihre Laufbahn im Civilstaatsdienste Nachtheil bringe.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Mai. Se. Majestät der Kaiser kam heute Früh nach Wien, arbeitete bis 9 Uhr in allerhöchstem Cabinet, ritt hierauf zur Abhaltung der Revue auf den Paradeplatz, empfing nach der Rückkehr in die Hofburg den FML. v. Benedek und mehrere Commandanten der Nordarmee, conferirte hierauf mit dem Herrn Erzherzogen Carl Ferdinand und Ferdinand von Este und mit dem Kriegsminister Ritter v. Frand und begab sich mit Ihrer Majestät der Kaiserin um halb 12 Uhr auf den Nordbahnhof zum Empfang Ihrer Majestät der Königin Olga von Württemberg.

Se. Maj. Kaiser Ferdinand haben dem Comité für die Ausstellung des Domschatzes in Prag den Betrag von 2000 fl. zum Besten des Dombaufonds allergnädigst zu spenden geruht.

Der französische Votschafter Herzog von Gramont, welcher vorgestern nach Paris abgereist ist, hat sich, wie die „France“ meldet, dahin begeben, um der Vermählung seiner Nichte, Gräfin Gramont de Caparte, mit dem Vicomte de M'aigne beizuwohnen. FML. Ritter v. Benedek ist heute um halb 10 Uhr Abends nach Olmütz abgereist.

Freiherr Alexander v. Bach ist von Rom hier angekommen und hat seinen Sommeraufenthalt in der Umgegend von Baden genommen.

Die Comtesse Marie Wimpffen hat sich mit dem Sohne des Freiherrn Max v. Gager verlobt.

Die „Presse“ bringt eine Prager Corr., wonach den Beamten der dortigen Polizei-Direction dieser Tage ein Erlaß des Polizei-Ministeriums mitgetheilt worden sei, der ihnen aufträgt, bei Amtsvollziehungen in Körperschaften und Vereinen der etwa sich manifestirenden patriotischen Stimmung, in welcher Weise immer diese sich zeigen möge, nicht entgegenzutreten, im Gegentheile dieselbe, soweit dies nach den bestehenden Gesetzen möglich, zu fördern und zu unterstützen. Die „Const. Desr. Ztg.“ versichert, daß ein solcher Ministerial-Erlaß nicht existirt.

Die Sitzungen der Zollcommission wurden auf so lange verlagert, bis sich die politischen Verhältnisse geklärt haben werden und die Mitglieder der Enquete in den Gränzländern ohne Besorgniß um den heimathlichen Herd an den Beratungen theilnehmen können. Die Mitglieder der Enquete, welche aus Böhmen, Schleisien und dem Küstenlande zur Theilnahme an der Berathung eingeladen wurden, haben erklärt, daß ihre eigensten Interessen ihnen jetzt nicht gestatten, Familie, Haus und Geschäft zu verlassen.

Nach Briefen aus der Nachoder Gegend sind preussische Soldaten bis zur äußersten Landesgränze, bei Chlaney, eine Viertelstunde von Nachod, entfernt, vorgeschoben worden.

Die ehemaligen mexicanischen Freiwilligen sind am 22. früh um 5 Uhr in Laibach angekommen und wurde die Mannschaft, nach der „Laib. Ztg.“, sofort entlassen. Die Zahl der in die k. k. Armee eingetretenen Freiwilligen ist, wie die „Erst. Ztg.“ angibt, genau 174.

Wie der „Sferr. tr.“ meldet, ist die Fregate „Novara“, vom Dampfer „S. Lucia“ remorquirt, im Lloydarsenal angekommen, wo sie gedockt wird, um später auf der Werfte S. Marco vollständig ausgebeßert zu werden.

Deutschland.

Die Nachricht, daß Se. großh. Hoheit der Prinz Alexander von Hessen zum Generalissimus sämtlicher österreichischer Truppen auf außerösterreichischem Gebiete, einschließlich der Brigade Kalik, ernannt sei, ist nach der Darmstädter Zeitung falsch, ebenso wie die bereits früher in allen Journalen verbreitete, daß dem Prinzen der Oberbefehl über das 8. Bundesarmee-corps übertragen worden sei. Nicht minder unrichtig ist die Angabe, daß ein österreichischer Oberst (v. Schönfeld), welcher sich einige Tage in Darmstadt aufgehalten hat, zu einer Stelle im Generalstab des Prinzen Alexander oder gar zu dessen Generalstabschef ernannt sei. Das letztere können nur diejenigen annehmen, welche die Corpsacte für das 8. Bundesarmee-corps nicht kennen, nach welcher der Generalquartiermeister des Corps nothwendig einem der contingentgebenden Staaten angehören muß. Die Zuthellung eines dem Armeecorps nicht angehörenden deutschen Officiers aber zu dem Generalstabe desselben

setzt nothwendig voraus, daß das Armeecorps zusammengezogen, der Generalstab gebildet und der Ober-Commandirende ernannt sei, was, wie bemerkt, bis jetzt nicht der Fall ist.

Einem Schreiben der „Fr. Postz.“ aus Karlsruhe, 23. Mai, zufolge, schreibt die „N. P. Z.“ mit vielem Behagen, scheint das Staatsministerium in seiner dormaligen Gestalt nicht mehr auf sicheren Füßen zu stehen. Frhr. v. Edelsheim (Minister des Auswärtigen, Oesterreich zugeneigt) soll keinen Einfluß mehr besitzen. Auch anderweitige mögliche Veränderungen in dem Personalbestande des Cabinets werden angedeutet.

Aus Darmstadt, 25. d., wird berichtet: In der Ständeverammlung motivirt Freiherr v. Dalwig die Mobilmachung mit der Nothwendigkeit, im Vereine mit den gleichgesinnten Regierungen eine Verlegung der Bundesrechte, von welcher Seite solche auch gefährdet würden, zu hindern. Der Finanzminister erklärt, die angeforderte Summe von 4.150.000 fl. aus den bestehenden Ueberschüssen und paraten Mitteln bestreiten zu können, und verlangt hiezu, sowie zur Beschaffung der nöthigenfalls durch ein Anlehen zu deckenden weiteren Mittel, die Ermächtigung.

In der „Hessischen Morgenztg.“ vom 25. erklärt der Etappen-Inspector Randow, preussische Truppen hätten die Hersfelder Etappenstraßen nicht besetzt.

In München sind die Kammern zusammengetreten, werden aber erst nach ihrer völligen Constitution eröffnet werden.

Frhr. v. d. Pfordten, dessen Gesundheit schon seit einiger Zeit sehr angegriffen ist, mußte sich auf dringenden Rath seines Arztes zu einiger Erholung an den Starnberger See begeben, hat jedoch die politische Leitung seines Ministeriums beibehalten.

In Sachsen wurde durch Verordnung des Finanz-Ministeriums die Ausfuhr von Getreide, Heu und Stroh über die sächsische Zollgränze bis zum 1. October verboten.

Aus Berlin, 25. Mai, wird gemeldet: Im königlichen Palais fand heute eine mehrstündige militärische Konferenz statt, an welcher auch der Kronprinz und Prinz Friedrich Carl theilnahmen. Wie es heißt, sollen sich beide Prinzen bereits Abends auf die ihnen zugewiesenen Posten begeben. Morgen wird Se. Majestät der König die hiesige Garnison vor ihrem Ausmarsche besichtigen. Die Morgenblätter berichten, der Fürst zu Hohenzollern habe der gefürsteten Tausche bei dem Kronprinzen nicht beigewohnt. Nach einem Gerüchte wird der Fürst auf Einladung der aus Düsseldorf eingetroffenen rumänischen Deputation bald nach den Donaufürstenthümern abreisen.

Sicherem Vernehmen nach, meldet die „N. P. Z.“, hat Se. Hoheit der Prinz Carl von Hohenzollern (jetzt in Bukarest) durch ein aus Salzburg datirtes Schreiben seine Entlassung aus dem preussischen Militärdienste nachgesucht und unter dem 21. d. Mts. sofort erhalten.

Die jüngst geborene Tochter Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen erhielt bei der Donnerstag stattgefundenen Tauffeierlichkeit die Namen Friederike Wilhelmine Amalie Victoria.

Die königlichen Blätter schreiben: Endlich ist denn doch einmal Licht in die dunkle Saarbrücker Kohlenrevierangelegenheit gekommen. Wie Sie seiner Zeit berichtet, war Herr Hüttenbesitzer C. Stumm nach Berlin gereist, um an maßgebender Stelle eine bestimmte Erklärung darüber zu erlangen. Ueber das Resultat einer Audienz, welche derselbe bei dem Grafen Bismarck hatte, verlautet nun aus zuverlässiger Quelle folgendes: Es war allerdings von Seiten des Premierministers der Verkauf projectirt, allein der Plan stieß bei den gesammten übrigen Ministern, insbesondere bei dem Handelsminister, auf den entschiedensten Widerspruch, so daß das ganze Project fallen gelassen wurde. Was die Abtretung irgend eines Gebietsheiles angeht, so werde bei den bekannten Grundsätzen Sr. Majestät auch nicht ein Mann ohne Gewalt unter fremde Herrschaft kommen.

Wie die „Köln. Ztg.“ aus Danzig erfahren haben will, soll von Berlin der Befehl ertheilt sein auch die Rüstungen der Marine zu erweitern. Die Ausrüstung des Panzerschiffes „Arminius“ — an der übrigens schon seit Wochen gearbeitet wird — soll beschleunigt werden und dürfte dieses beste und gefährlichste der preussischen Kriegsfahrzeuge schon übermorgen in Dienst gestellt werden und demnächst nach Kiel abgehen. Ihm soll sofort die Ausrüstung des Widderschiffes „Prinz Adalbert“ (Cheops), des Kriegsdampfers „Preuß. Adler“, des Schoners „Gela“ und der Kanonenboote 1. Classe „Meteor“ und „Drache“ folgen. Die ganze Flotte soll sich in Kiel sammeln. Sämtliche Gewehrmannschaften sollen einberufen werden, um wenigstens die Dampfer schleunigst bemannen zu können. An den Neubauten will man die Arbeiten vorläufig so gut wie ganz einstellen, und ist deshalb bereits eine Menge Handwerker (ca. 50) von der kgl. Werft entlassen.

Frankreich.

Paris, 24. Mai. Hier glaubt man allgemein an den nahen Zusammentritt des Congresses. Im Elisee trifft man bereits zu dessen Aufnahme Anstalten. — Herr Lapard dirirte bei Herrn Drouyn de Lhuys. — Es ist jetzt bestimmt beschlossen, das Lager von Chalons auf 100.000 Mann zu bringen. Die Soldaten werden nicht mit der Eisenbahn befördert, sondern marschiren in Etappen. Sie erhalten täglich 1 Fr. 25 C., beklagen sich aber über harten Dienst. — Reisende, die aus Savoyen kommen, berichten, daß dort ein sehr reges militärisches Treiben herrscht, das auf neue Truppen-Concentrationen schließen läßt. Das Geleß über die Generalräthe ist votirt worden, ohne daß mehr als ein einziger und zwar ein ziemlich unwichtiger Artikel an die Commission zurückgewiesen worden. Die Friedensrichter und Procuratoren sind

Rundmachung. (530. 1)

Erkenntnis.
Das k. k. Landes- als Obergericht in Venedig hat mit dem Erkenntnis vom 2. Mai 1866, 3. 5594, das Verbot der weiteren Verbreitung der Druckschrift: „Amore, Dolore, Vita, Versi e Rime di Ettore Galeotti-Prato“ Tipografia F. Alberghetti e Comp. 1866, wegen des Verbrechens nach § 65 a St. G. und der Vergehen nach den §§ 302 und 303 St. G. ausgesprochen.

Rundmachung. (522. 2-3)

Im Grunde Erlasses des hohen k. k. Staats-Ministeriums vom 18. März 1866 3. 1452/St. M. findet die k. k. Statthalterei-Commission einvernehmlich mit der k. k. Finanz-Landes-Direction die Bemerkung der im Zuge der Verbindungsstraße von Góra ropczycka nach Kolbuszów und Mielec in Borki wielkie befindlichen sieben zusammen 60 Klafter langen Brücken nach der II. Classe des für Privat-Brücken geltenden Mauttarifs zu Gunsten der Concurrenz, nämlich der Gutsbesitzer Góra Ropczycka und der Gemeinde Borki wielkie auf die Dauer von fünf Jahren vom 1. Juli 1866 angefangen, gegen Beobachtung der bei Merarial-Mauten bestehenden Aufbefreiungen.

Zugleich wird bestimmt, daß die Brückenmautgebühren bei der in Borek wielki nächst der Wiener Hauptstraße gelegenen ersten Brücke erhoben werden.
Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.
Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krakau, am 18. Mai 1866.

Obwieszczenie.

Na mocy rozporządzenia wysokiego c. k. Ministerstwa stanu z dnia 18 marca 1866 l. 1452/M. S. zezwala c. k. Komisja Namiestnictwa w porozumieniu z c. k. Dyrekcją krajową skarbu, na omycenie 7, razem 60 sążni długich mostów w Borkach wielkich na drodze z Góry Ropczyckiej do Kolbuszowy i do Mielca prowadzącej wedle II klasy taryfy mostowego prywatnego na rzecz konkurencji, mianowicie na rzecz państwa Góra Ropczycka i gminy Borki wielkie na lat pięć, poczynszy od 1 lipca 1866.

Jednocześnie zezwala się, ażeby należność przy pierwszym moście w Borkach wielkich przy gościnie rządowym znajdującym się pobierane były.

Co się niniejszem do powszechnej wiadomości z tym dodatkiem podaje, że przepisy względem uwolnienia od płacenia myta mostowego na drogach rządowych także i przy pobieraniu powyższych należności zastosowane być winny.

Z c. k. Komisji namiestniczej.
Kraków, dnia 18 maja 1866.

Edict. (520. 3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird das am 6. Juni 1865 3. 10962 über das Vermögen des Johann Gurniak, Zuckerfabrikbesitzer in Pisarzowice eingeleitete Ausgleichsverfahren in Folge rechtskräftigen Vergleiches vom 22. Februar und 3. März 1866 aufgehoben.
Krakau, am 15. Mai 1866.

Edykt. (500. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski do spraw cywilnych w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Thimberga, że przeciw niemu Owadia Eisenberg pod dniem 13 kwietnia 1866 do l. 5360 wniósł pozew o zapłacenie kwoty 312 złr. z przyn. i że w załatwieniu tegoż pozwu termin do ustnej rozprawy na dzień 2 lipca 1866 o godzinie 10 rano wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Thimberga wiadomym nie jest, przeto c. k. Sąd deleg. miejski w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego advokata p. Dra. Geisslera z zastępstwem p. adw. Dra. Rosenblatta kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony, według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi delegowanemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniki z zaniebdania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 24 kwietnia 1866.

Edykt. (469. 3)

Ces. królewski Sąd Krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Teodora br. Borowskiego, że przeciw niemu w dniu 7 stycznia 1866 do l. 359 p. Kalikst Borowski wniósł pozew o ekstatulację sumy 270.000 złp., a względnie po wykstatulowaniu sumy 150.000 złp. respect. pozostałej reszły takowej ze stanu liernego dóbr Skawy i Naprawy, w załatwieniu tegoż pozwu wyznaczony został rezolucją z dnia dzisiejszego termin do dalszej rozprawy, a względnie do wniesienia obrony na dzień 26 czerwca 1866 o godzinie 10 rano w Sądzie tutejszym.

Gdy miejsce pobytu współpozwanego p. Teodora br. Borowskiego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego advokata p. Dra. Witskiego z podstawieniem p. adw. Dra. Balko kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony, według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wy-

brał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniki z zaniebdania skutki sam sobie przypisaćby musiał.
Kraków, dnia 30 kwietnia 1866.

Edykt. (499. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski do spraw cywilnych w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Thimberga, że przeciw niemu pod dniem 13 kwietnia 1866 do l. 5359 Owadia Eisenberg faktor tutejszy wniósł pozew o zapłacenie kwoty 250 złr. w. a. z przyn. i że w załatwieniu tegoż pozwu termin do ustnej rozprawy na dzień 2 lipca 1866 o godzinie 10 rano wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Thimberga wiadomym nie jest, przeto c. k. Sąd deleg. miejski w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego advokata p. Dra. Geisslera z zastępstwem p. adw. Dra. Rosenblatta kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony, według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi delegowanemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniki z zaniebdania skutki sam sobie przypisaćby musiał.
Kraków, 21 kwietnia 1866.

Rundmachung. (523. 2-3)

Im dem k. k. Militär-Ehriargnei-Institute zu Wien ist bis 1. October 1866 eine Civil-Pensionärstelle zu vergeben.

Mit dieser Stelle ist außer der jährlichen Pension von 400 fl. ö. W. und einer Naturalwohnung im Institute noch ein jährlicher Pauschalbetrag von 50 fl. ö. W. für Holz und Licht verbunden; auch werden die Pensionäre in dem Jahre, in welchem sie die thierärztlichen Studien absolvirt haben, ein Reisestipendium von 200 fl. erhalten, um Befuß ihrer besseren Ausbildung die Militär- und Privatgelehrte, landwirtschaftliche Anstalten und ausländische Ehriargneischulen zu bereisen und kennen zu lernen, wogegen sie sich verpflichten müssen, einen Reisebericht auszuarbeiten und an das hohe k. k. Kriegsministerium einzusenden.

Die Dauer des Pensionärsdienstes ist zunächst auf drei Jahre festgesetzt, so daß zwei Jahre für die Studien und ein Jahr für die Vorbereitung zu der strengen Prüfung entfällt.

Den Pensionären wird die Zeit, welche sie als solche im Ehriargneininstitute zugebracht haben, bei munterbrochen dem Staate geleisteten Diensten im Falle ihrer Versetzung in den Ruhestand als Dienstzeit angerechnet werden.

Bewerber um diese Stelle, welche Doctor der Medicin, ledigen Standes sein müssen und das 30. Lebensjahr keinesfalls überschritten haben dürfen, haben ihre mit dem Aufschneide, Medicinac-Doctoratsdiplome, Moralitäts-Zeugnisse, dann mit Belegen über Sprachkenntnisse und etwa schon geleisteten Dienste versehenen Gesuche längstens bis 15. Juni l. St. bei der k. k. n. ö. Statthalterei zu überreichen.

Bewerber, die bereits bei einer Behörde in Dienstleistung stehen, haben ihre Gesuche im Wege dieser Behörde zu überreichen.

Von der k. k. n. ö. Statthalterei.
Wien, am 4. Mai 1866.

Wiederruf. (519. 3)

Die unterm 12. Mai 1866 3. 1003 ausgefertigte executive Geilbietung der Realität Nr. 128 et 206 in Baranów auf den 29. Mai 1866 und 19. Juni 1866 wird hiemit stift. R. f. Bezirks-Gericht.
Mieloc, den 22. Mai 1866.

Edykt. (480. 3)

Jan Grossmann wniósł pozew naprzeciw spadkobiercom Józefa Kołodziejskiego, a mianowicie przeciw Maryi Podolskiej, Franciszkowi Ksaweremu Kołodziejskiemu, Annie Grzesickiej, Tekli Siemek, Wincentemu Kołodziejskiemu i Maryi Mirowskiej o zapłacenie sumy 992 złr. 93 kr. w. a.

Naznaczając termin do dalszej rozprawy na dzień 13 czerwca 1866 o godzinie 9 przed południem i o tém nieznaną z miejsca pobytu pozwaną Annę Grzesicką ustanawiając dla niej advokata krajowego Dra. Micewskiego z substytucją advokata krajowego Dra. Bersona za kuratora z tém zawezwaniem zawiadamia, aby udzieliła ustanowionemu dla niej kuratorowi dowodów, lub też innego pełnomocnika Sądowi przedstawiła, inaczej sobie sama szkodliwe skutki przypisać będzie musiała.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.
Nowy Sącz, dnia 23 kwietnia 1866.

Edict. (494. 3)

Von dem k. k. Kreisgerichte in Tarnow wird bekannt gemacht, daß über das gesammte bewegliche, dann über das in jenen Kronländern, in welchen das kaiserliche Patent vom 20. November 1852 Nr. 251 R. G. W. Wirkt, bestehende Vermögen des Herrn Baron Stanislaus Konopka, Gutsbesitzer in Nagoszyn, der Concurs eröffnet worden ist.

Es werden daher unter Bestellung des Gerichtsadvocaten Dr. Jarocki mit Substituierung des Advocaten Dr. Rutowski zum Concurs-Massa-Vertreter und des Herrn

Alexander Rolla Skibicki zum provisorischen Vermögens-Verwalter die betreffenden Gläubiger aufgefordert, ihre auf was immer für ein Recht sich gründenden Ansprüche bei diesem k. k. Kreisgerichte bis zum 31. Juli 1866 um so gewisser anzumelden, widrigenfalls sie von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Crida-Vermögen, so weit solches die in der anberaumten Zeit sich meldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des ihnen auf ein in der Masse befindliches Gut zustehenden Eigentums- oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen sein, und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Masse verhalten werden würden.

Zugleich wird zur Einvernehmung der Gläubiger über die Wahl des definitiven Crida-Vermögens-Verwalters und des Gläubiger-Ausschusses eine Tagfahrt auf den 17. August 1866 um 4 Uhr Nachmittags hiergerichts bestimmt, zu welcher die Gläubiger bei Vermeidung der Ausbleibensfolgen des § 95 der G. D. zu erscheinen vorgeladen werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, am 3. Mai 1866.

Przypomnienie do l. 5457/1866.

Edykt. (526. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niewiadomym z miejsca pobytu: Gabryelowi Grzebskiemu, Andrzejowi Grzebskiemu i Antoniemu i Teresie Grzebskim wiadomo czyni, iż w tutejszo-sądowym depozycie dla masy Gabryela Grzebskiego dokumenta prywatne w łącznej sumie 10196 złr. 69 kr. dla masy Andrzeja Grzebskiego, w gotowiznie kwota 116 złr. 68 kr. i prywatne dokumenta w łącznej sumie 3283 złr. 73 kr., a dla masy Antoniego i Teresy Grzebskich kwota 6300 złr. w obligacjach indemnizacyjnych są przechowane.
Kraków, 1 maja 1866.

Rundmachung. (525. 2-3)

Der Gemeinde Lukowica Sandezer Kreises, Bezirk Limanowa, wurde die Berechtigung zur Abhaltung von Wochenmärkten alle drei Wochen, und zwar an jedem Montage in der nach dem Markte in Limanowa folgenden Woche erteilt.

Der erste Wochenmarkt wird am 11. Juni d. J. abgehalten werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.
Vom k. k. Bezirksamte.
Limanowa, am 22. Mai 1866.

Obwieszczenie.

Gminie Lukowicy w obwodzie Sandeckim, powiecie Limanowskim, nadane zostało prawo odbywania targów tygodniowych co trzy tygodnie, mianowicie w każdy poniedziałek tygodnia po jarmarku Limanowskim następującego.

Pierwszy targ odbędzie się dnia 11 czerwca 1866. Co się podaje do publicznej wiadomości.

Z c. k. Urzędu powiatowego.
Limanowa, dnia 22 maja 1866.

Edict. (521. 2-3)

Vom Neu-Sandez k. k. Kreisgerichte wird hiemit bekannt gemacht, es habe Nathan Ingber gegen Feige Biedermann, Baruch Sturm und Isabella Fox die Wechselflage wegen Bezahlung der Wechselforderung von 200 fl. ö. W. f. N. G. angestrengt.

Wobon die dem Wohnorte nach unbekannte Isabella Fox mit dem Bedenken in Kenntniß gesetzt wird, daß zu ihrer Vertretung der Advocat Dr. Micewski mit Substituierung des Dr. Berson zum Curator bestellt wird, dem der diesfällige Zahlungsauftrag aufgestellt wird, und bei welchem sie sich zu melden und ihm ihre Behelfe zeitgerecht mitzutheilen, oder einen anderen Bevollmächtigten zu bestellen, dem Gerichte bekannt zu geben hat, als sonst sie sich die Folgen der Versäumniß selbst zuzuschreiben haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Neu-Sandez, am 9. Mai 1866.

Edykt.

Ze strony c. k. Sądu obwodowego w Nowym Sączu czyni się wiadomo, że Natan Ingber wniósł naprzeciw Feige Biedermann, Baruchowi Sturm i Izabeli Fox pozew o zapłacenie sumy wekslowej 200 złr. w. a. z przynal.

O czém się niewiadomą z miejsca pobytu współpozwaną Izabelę Fox z tym dodatkiem zawiadamia, że dla jej zastępstwa advokata Dra. Micewskiego z substytucją advokata Dra. Bersona kuratorem się ustanawia, któremu dotyczący nakaz zapłaty doręczony zostanie, i u którego pozwana się zgłosić i temuż potrzebne do jej obrony środki podać, lub też innego pełnomocnika ustanowić i Sądowi donieść będzie miała, inaczej sobie sama wyniki z opieszałości skutki przypisze.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.
Nowy Sącz, dnia 9 maja 1866.

Concurs. (533. 1-3)

Postexpedientenstelle bei der neu zu errichtenden Post-Expedition in Zolynia gegen Vertrags-Abbruch und Caution per 200 fl. Dieselbe wird sich mit dem Brief- und Fahrpostdiensten befassen, und ihre Postverbindungen mittelst der bestehenden von der Postexpedition Lezajsk unterhaltenen täglichen Botenfahrten Lezajsk-Lancut erhalten.

Bezüge des Postexpedienten einhundertdreißig Gulden Bestallung, zwanzig Gulden Amtspauschale jährlich.

Gesuche sind unter documentirter Nachweisung des Wohlverhaltens, der bisherigen Beschäftigung und der Vermögensverhältnisse und zwar von bereits in öffentlichen

Diensten stehenden Bewerbern im Wege ihrer Vorgesetzten, sonst aber im Wege der zuständigen politischen Behörde, binnen drei Wochen bei der Postdirection Lemberg einzubringen.

Von der k. k. galiz. Postdirection.
Lemberg, den 23. Mai 1866.

Anzeigeblatt.

Josef Zarzycki
gewesener Regimentschneider
des Erzherzog Wilhelm 12. Infanterie-Regiments
ist in Krakau
in der Florianer-Gasse wohnhaft,
empfiehlt seine Dienste (511. 5-10)
der hohen Generalität sowie den
P. T. Herren Stabs- und Ober-Offizieren.

Die Qualität und die Quantität werden beweisen!

Ein tüchtiger Obermüller, 25 Jahre alt, militärfrei, welcher schon durch 6 Jahre in dieser Eigenschaft bedienstet war, durchaus allen Anforderungen bestens entsprechen, die besten Zeugnisse aus Dampf- und Wassermühlmältern mit der That bestätigen und im Falle auch die erforderlichen Vermögensbücher zur Führung übernehmen kann, empfiehlt sich für eine dauernde Anstellung. Gefällige Briefe unter der Adresse: R. Barth, Laxenburg, Nieder-Österreich. (497. 3-5)

[Inserat.] (532. 1)

Am 20. Mai 1866 überreichte der Magistrat mit dem Stadt-Ausschusse von Jaslo dem hierortigen k. k. Steuer-Einnehmer Herrn Georg Rieß in Anerkennung seines leutfeligen Wohlwollens gegen die hiesigen Einwohner, dann seiner ausgezeichneten loyalen Haltung das Diplom des Ehrenbürgerrechts der Stadt Jaslo.

Jaslo, den 23. Mai 1866.

Wiener Börse-Bericht

vom 26. Mai.

Öffentliche Schuld.		Gold	Paare
A. Staats-Schulden.			
in Oest. W. zu 5% für 100 fl.		50.25	50.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		61.75	62.25
mit Zinsen vom Jänner — Jult.		61.25	61.50
von April — October		55.25	55.75
Metalliques zu 5% für 100 fl.		47.25	47.75
ditto " 4 1/2% für 100 fl.		127. —	128. —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.		70.25	70.75
" 1854 für 100 fl.		77.50	78. —
" 1860 für 100 fl.		61.30	61.50
Prämien-Scheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.		—	—
zu 50 fl.		12.50	13.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

von Nieder-Oest. zu 5% für 100 fl.	86. —	87. —
von Mähren zu 5% für 100 fl.	75. —	77. —
von Schläfen zu 5% für 100 fl.	87. —	88. —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	81. —	83. —
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95. —	98. —
von Kärnt. Kraun u. Käh. zu 5% für 100 fl.	82. —	86. —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	61.50	63. —
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	60. —	60.75
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	86. —	—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	60. —	60.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	58.50	59. —
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	59. —	60. —
Galiz. Landes-Sch. v. 1866 rückz. zu 7% für 100 fl.	—	—

Actien (per St.)

der Nationalbank	659. —	661. —
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	126.50	126.70
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	525. —	530. —
der Kaiserl. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. öst. W.	1438. —	1442. —
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. öst. W.	149.00	150. —
der vereinigte österr. lomb. ven. und Gen.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	153. —	155. —
der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. öst. W.	101.25	101.75
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. öst. W.	152. —	158. —
der Lemberg-Galiziener Eisenb.-Ges. zu 200 fl. öst. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 654 Gul.	88. —	90. —
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. öst. W.	123.50	124. —
der Süd-nord. Verb.-B. zu 200 fl. öst. W.	84. —	85. —
der Teich. zu 200 fl. öst. W. mit 140 fl. (70%) Gul.	147. —	147. —
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	405. —	410. —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. öst. W.	145. —	150. —
der Wiener Dampf-Mühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	357. —	370. —
der Oest.-Böhm. Kettenbrücke zu 500 fl. öst. W.	—	310. —

Pfandbriefe

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.50	105. —
auf öst. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.60	85.80
auf öst. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	81.75	82. —
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	65. —	66. —

Werte

der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W.	101. —	102. —
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. öst. W.	—	75. —
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. öst. W.	—	108. —
zu 50 fl. öst. W.	—	47. —
Stadtgemeinde Oden zu 40 fl. öst. W.	—	22. —
Erzherzog zu 40 fl. öst. W.	—	55. —
Salin zu 40 fl. " "	—	25. —
Balfm zu 40 fl. " "	—	21. —
Glary zu 40 fl. " "	—	21. —
St. Genois zu 40 fl. " "	—	21. —
Winfischgrätz zu 20 fl. " "	—	15. —
Waldstein zu 20 fl. " "	—	17.50
Regelitz zu 10 fl. " "	—	10. —
R. f. Hospitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	—	10.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank (Platz) Sconto		
Angsbura, für 100 fl. süddeutscher Währ. 7%	107.50	108. —
Frankfurt a. M. für 100 fl. süddeut. Währ. 7%	107.75	108.25
Hamburg, für 100 fl. W. 8%	94.50	95.50
London, für 10 Pf. Sterl. 10%	125.50	127. —
Paris, für 100 Francs 4%	50.50	50.70

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours	Reister Cours	fl. kr.	fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	5.97	6. —
" vollm. Dukaten	—	5.97	6. —
Krone	—	—	—
20 Francs-Stück	10.14	10.27	10.24
Russische Imperiale	—	10.40	10.45
Preussische Thaler	—	1.90	1.91
Silber	126. —	—	126.50